



Gedenkstätten Rundbrief

- 3 Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt in Deutschland –
eine Übersicht
Thomas Lutz mit Marie Schulze

- 18 Zwischen allen Stühlen.
Die Geschichte der italienischen Militärinternierten 1943–1945
Daniela Geppert

- 26 Vergessen, verdrängt, verdreht –
Lieberose/Jamlitz in der Erinnerungslandschaft der Kurmark
Peter Fischer

- 36 Veranstaltungshinweise

- 41 Literaturhinweise

Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt in Deutschland – eine Übersicht

Thomas Lutz mit Marie Schulze

In diesem Artikel wird eine Übersicht über die aktuell in Deutschland bestehenden Gedenkstätten für NS-Opfer gegeben. Um die Tätigkeitsfelder und gesellschaftspolitische Bedeutung der Gedenkstätten für NS-Opfer einordnen zu können, soll zunächst noch einmal deren Entwicklung dargestellt und begrifflich gefasst werden. Im zweiten Teil des Beitrags sind Übersichten über die quantitative Zuordnung der Gedenkstätten und Initiativen und weiterführende Informationsangebote – zumeist aus dem Internet – aufgelistet.

Gedenkstätten – eine Definition

Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes sind seit den 1980er-Jahren, beginnend in Westdeutschland, in großer Zahl entstanden. Zuvor gab es lediglich einige bekannte Gedenkstätten, häufig an Orten ehemaliger KZ, wie etwa in Dachau, aber auch in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen. Nach dem Ende der DDR und deren Anschluss an den nun größeren Geltungsbereich des Grundgesetzes in Deutschland hat sich die Gedenkstättenbewegung im Osten auch insgesamt an den Entwicklungen in Westdeutschland orientiert. Mit der deutschen Einheit haben sich zwei Veränderungen ergeben: Zum einen wurden die Gedenkstätten für die NS-Opfer verstärkt gefördert. Zum anderen hat sich eine Unübersichtlichkeit entwickelt. Hat man in den 1980er-Jahren in Westdeutschland die Orte des Gedenkens nahezu immer mit den Opfern von NS-Verbrechen verbunden, so sind nun auch Gedenkstätten an Haftstätten des sowjetischen Innenministeriums in der sowjetischen Besatzungszone und Einrichtungen an der ehemaligen DDR-Grenze sowie Gefängnissen und Haftstätten der DDR-Diktatur entstanden. Noch kniffliger haben sich die Aufarbeitung und das Gedenken an Tote und Eingesperrte verschiedener Haftsysteme, vor allem an Stätten, die sowohl in der NS-Diktatur als auch ab Herbst 1945 in der sowjetischen Besatzungszone in verschiedener Form als Lager und Haftstätten genutzt wurden, entwickelt.

Der Begriff ›Gedenkstätte‹ hat sich in der hier verwendeten – und allgemein akzeptierten – Prägung in Deutschland Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre entwickelt. Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes wurden an Orten der Verbrechen und an wenigen Orten, die mit den Tätern und deren Planungen in Verbindung stehen, errichtet. Zugleich entstand in den vergangenen Jahrzehnten im deutschsprachigen Raum eine breite Literatur zum Thema »Gedenkstätten«. Dennoch gibt es keine lexikalische Begriffsbestimmung, die diese Institutionen von Gedenkort mit teilweise ähnlichen Funktionen – beispielsweise Denk- oder Mahnmale – oder musealen Einrichtungen wie zeithistorischen oder Freilichtmuseen, unterscheidet.

Frühe Beschreibungen von Gedenkstätten beziehen sich vor allem auf die bildungspolitische Bedeutung, die diese Orte der Aufklärung über die NS-Verbrechen

auszeichnet. Der erste internationale Überblick über Gedenkstätten¹ hebt dies ebenso hervor wie Detlef Garbe das »entdeckende Lernen« in seiner Einleitung zu dem Band »Die vergessenen KZs?«². In Gisela Lehrkes frühen Studie spiegelt sich der bildungspolitische Aufbruch der Gedenkstätten wider; in ihrer pädagogisch-didaktischen Funktionsbeschreibung konzentriert sie sich ebenfalls auf den Aspekt Gedenkstätte als Lernort³. Auch Ulrike Puvogel unterscheidet in ihrer Übersicht über Gedenkstätten in Deutschland, damals das Standardwerk, nicht zwischen größeren Gedenkstätten und einer »Vielzahl von kleineren Gedenkstätten in Form von Mahnmalen, Gedenksteinen und Gedenktafeln«⁴. Wichtig ist für sie der Bezug zum historischen Ort. Ob an dem Ort lediglich ein wie auch immer gestalteter Gedenkbereich oder aber eine Institution mit Forschungs- und Bildungsarbeit vorhanden ist, stellt für sie kein Auswahlkriterium dar.

Nachfolgende Definitionsbemühungen leiten eine Klassifizierung der Gedenkstätten in verschiedene Bereiche aus der historischen Nutzung des Ortes ab. Eine Untergliederung in neun historisch zuzuordnenden Verfolgungsstätten hat Michael Zimmermann⁵ vorgenommen. In seiner Studie beschreibt er Entstehung, politischen Auftrag und historischen Zusammenhang der Verbrechensorte – nicht aber die gegenwärtigen Tätigkeitsfelder, die Gedenkstätten für NS-Opfer von anderen Einrichtungen abgrenzen. Peter Reichel fokussiert die Bedeutung der Gedenkstätten auf ihre Eigenschaft als ästhetisch-politisches Handlungsfeld, als »Materialisierung der Erinnerungskultur«⁶. Damit ist auf die besondere politische Bedeutung, jedoch nicht auf die Arbeitsfelder dieser Institutionen hingewiesen. Etienne François und Hagen Schulze haben in ihrem dreibändigen Werk über »Deutsche Erinnerungsorte«⁷ Beiträge von 100 Autoren über Stätten aus der Antike bis zur Gegenwart zusammengetragen, die für das Geschichtsbild in Deutschland wichtig sind. Im Kapitel »Schuld« des ersten Bandes sind zwar einige NS-Gedenkstätten beschrieben – z.B. Auschwitz durch Peter Reichel –, eine Aufgabenbeschreibung findet ebenfalls nicht statt⁸.

Zur Orientierung für eine Funktionsbeschreibung der Gedenkstätten für NS-Opfer kann am ehesten die Begriffsbestimmung dienen, die vom Arbeitskreis der KZ-Gedenkstätten stammt⁹. An sie knüpft die für die Übersicht genutzte Definition »Gedenkstätten für NS-Opfer« an:

Tätigkeitsbereiche von »arbeitenden Gedenkstätten«

Gedenkstätten unterscheiden sich von Denkmälern durch drei Besonderheiten: 1) Der historische Ort ist zugänglich. Dieser wird 2) durch eine ständige Ausstellung, die zu festgelegten Öffnungszeiten für Publikum zugänglich ist, erklärt; und 3) gibt es eine kontinuierlich arbeitende Institution, die zu dem historischen Ort forscht, Objekte und Materialien sammelt, diese bewahrt und ausstellt sowie feste Öffnungszeiten für den Besuch der Stätte anbietet.

Insbesondere die hier als grundlegendes Definitionskriterium angesehene kontinuierliche Tätigkeit der Gedenkstätten hat Wulff E. Brebeck mit dem Begriff »arbeitende Gedenkstätte«¹⁰ hervorgehoben. Dies soll der Unterscheidung gegenüber Denkmälern dienen. Denkmale zeugen von einem bestimmten Stand der Auseinandersetzung, den sie mit ihrer Errichtung konservieren. Im Unterschied dazu entwickeln sich Gedenkstätten nach der Eröffnung kontinuierlich weiter.

Gedenkstätten für NS-Opfer haben nach ihrem Selbstverständnis ein breites Anforderungsspektrum. Die von der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in diesem

Zusammenhang entwickelten Leitlinien beschreiben deren unterschiedliche Tätigkeitsfelder. Wenngleich diese Leitlinien von einer vergleichsweise kleinen Gruppe erarbeitet wurden, geben sie dennoch die Zielsetzungen, Aufgabengebiete und Tätigkeitsfelder der Gedenkstätten in Deutschland wieder. Diese gelten, auch wenn es im Einzelfall – je nach historischem Zusammenhang – Besonderheiten gibt. Beispielsweise befinden sich an den Orten, an denen die NS-Verbrechen geplant wurden und die sich heute Gedenkstätten nennen – wie etwa dem Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin –, keine Friedhöfe. Der Aspekt des Gedenkens steht daher im Vergleich zu anderen Orten eher im Hintergrund. Auch haben viele kleinere Gedenkstätten aus Kapazitätsgründen nicht immer die Möglichkeit, in der Praxis alle Tätigkeitsbereiche abzudecken.

»Gedenkstätten sind Friedhöfe; symbolisch im Ganzen und konkret dort, wo sich Gräber befinden«

Im Selbstverständnis vieler historischer Verbrechenorte sind diese zugleich Friedhöfe, an denen die Opfer – ohne individuelle, würdevoll gestaltete Grabstätte – beerdigt wurden. Die Pflege und Gestaltung der Gräber, die Erforschung und Bewahrung der Namen der Toten sowie die Schaffung eigener Bereiche der Trauer, des Gedenkens und der Besinnung gehören zu diesem Aufgabenspektrum. Da sich mit zunehmendem zeitlichen Abstand die Begegnung mit Überlebenden und damit der unmittelbare biografische Zugang zur NS-Zeit immer schwieriger gestaltet, wird sich die Trauer und das Gedenken voraussichtlich insoweit verändern, als durch historische und biografische Informationen eine Empathie mit den Verfolgten erarbeitet werden muss.

»KZ-Gedenkstätten haben humanitäre Aufgaben«

Gedenkstätten fühlen sich allen Opfern, deren Angehörigen und Nachkommen verpflichtet. Die früher wichtige Auskunft und Überlassung von Dokumenten für die Gewährung von Entschädigungszahlungen geht mit zunehmendem zeitlichem Abstand zurück. Nach wie vor klären sie Einzelschicksale und geben Angehörigen Auskünfte. Diese Aufgaben werden gegenüber der zweiten und dritten Generation in den letzten Jahren wichtiger. Die Auseinandersetzung mit Familiengeschichten, die etwa bei Opfern der »Euthanasie«-Morde jahrzehntelang verdrängt waren, machen deutlich, wie individuelle Verfolgungsgeschichten und gesellschaftlicher Umgang mit den NS-Verbrechen miteinander verwoben sind. Voraussetzung für diese sozialen Aufgaben der Gedenkstätten ist es, gute Archivbestände mit Haftnachweisen und Datenbanken zur Verfügung zu haben. Hier gibt es immer noch große Lücken, die durch umfangreiche Forschungsbemühungen aufgearbeitet werden müssten. Neben dem Erteilen individueller Auskünfte werden auch Opfer- und Betroffenenverbände durch vielfältige Formen der Zusammenarbeit unterstützt. Es zeigt sich in vielen Gedenkstätten, dass dieser Aufgabenbereich – gegenüber den nachfolgenden Generationen – eher zunimmt.

»KZ-Gedenkstätten sind Orte historischer Aufklärung und gesellschaftlicher Selbstreflexion«

Mit Ausstellungen und Führungen zur Geschichte des Ortes und vielfältigen pädagogischen Programmen und kulturellen Angeboten werden Besuchergruppen angesprochen. Der historische Lernort wird mit eigens entwickelten Programmen erschlossen, die das an den authentischen Orten vorhandene Aufklärungspotenzial herausarbeiten.

In vielen Gedenkstätten übernehmen eigene pädagogische Abteilungen und Einrichtungen diese Aufgabe, z.B. internationale Jugendbegegnungsstätten. An den Orten nationalsozialistischer Verbrechen ist eine solche Wissensvermittlung kein Selbstzweck. Sie dient der Selbstvergewisserung mitmenschlicher und demokratischer Grundlagen, die sich jede Generation neu erarbeiten muss.

Angesichts der sich zunehmend differenzierenden Interessierten müssen die Gedenkstätten ihre Bildungsangebote ebenfalls verschieden gestalten. Je nach sozialer Herkunft, Bildungshintergrund, Kenntnisstand und Erkenntnisinteresse muss sich die Pädagogik gezielter auf die Besuchenden einlassen. Die historischen Kenntnisse und Materialien dazu sind in den Gedenkstätten parat. Die didaktische Umsetzung erfordert qualifiziertes Personal und Zeit. Die hierfür notwendigen Ressourcen sind häufig zu gering.

»KZ-Gedenkstätten sind Forschungsstätten«

Gedenkstätten fördern und betreiben Forschungen zur Geschichte der jeweiligen Orte, ihrer historischen Bezüge und ihrer Rezeption. Ausgehend von der Erfahrung, dass sich die universitäre Wissenschaft in der Vergangenheit zu wenig um die Erforschung und Bearbeitung der Geschichte am konkreten Ort bemüht hat, sind die Gedenkstätten gezwungen, sich diese Grundlage für Ausstellungen und Bildungsangebote selbst zu schaffen. Sie arbeiten dabei nach Möglichkeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen zusammen und machen Forschungsergebnisse sowohl auf Fachtagungen als auch durch Publikationen oder mittels anderer Medien einem breiten Publikum bekannt. Dank der in den letzten zwei Jahrzehnten in Westdeutschland von den ortsbezogenen Institutionen gesammelten Dokumente, Berichte, Akten etc. sowie den daraus gewonnenen Erkenntnissen können sachkundige und wissenschaftlich fundierte Auskünfte unterschiedlichster Art erteilt werden. Auch dieses Wissen gewährleistet, dass sich die Gedenkstätten in Forschung und Bildung stets auf dem aktuellen Stand bewegen. Zudem stehen sie miteinander in einem regen fachlichen Austausch. Gedenkstätten haben vor allem hinsichtlich der Bewertung von Zeugenaussagen und des Umgangs mit den Überlebenden – in der Verbindung von persönlicher Empathie und wissenschaftlicher Distanz – wichtige, eigene Beiträge zur Forschung geliefert. Die so ausgerichtete sozialgeschichtliche Forschung und Darstellung hat die zeithistorische Forschung wesentlich mit vorangebracht und eigene Akzente gesetzt. Dabei betreiben Gedenkstätten keine Grundlagenforschung, sondern konzentrieren sich auf die detailgenaue Erforschung der historischen Ereignisse an dem jeweiligen Ort, welche sodann in größere historische Zusammenhänge eingeordnet werden.

»KZ-Gedenkstätten sind Sachzeugnisse und Denkmale aus der Zeit«

Gedenkstätten bezeugen die am jeweiligen Ort begangenen Verbrechen. Mit fortschreitender Zeit und dem Sterben der Erfahrungsgeneration werden sie als bleibendes, sichtbares Zeugnis der Verbrechen an Bedeutung zunehmen. Das Gelände sowie die baulichen Überreste der historischen Anlagen werden gesichert, bewahrt und für die didaktisch-pädagogische Arbeit aufbereitet. Der Schwerpunkt dieser Beschreibungen liegt auf der Nutzung in der NS-Zeit. Nachgeordnet werden die gesamte Ortsgeschichte vor allem mit den Phasen der Nachnutzung, der Zerstörung der Lager nach der Befreiung sowie die Entstehung der Gedenkstätten dargestellt. Gedenkstätten sind mit

den historischen Orten und deren Überresten konstitutiv verbunden und unterscheiden sich aufgrund dessen von »Denkmälern an die Zeit«.

In den letzten beiden Jahrzehnten konnten viele historische Gebäude gesichert, renoviert und teilweise zu modernen Ausstellungsorten umgebaut werden. Vor allem die Projektförderung im Rahmen des Bundesgedenkstättenkonzeptes hat hierfür die finanziellen Grundlagen mit geschaffen. Für eine dauerhafte Pflege und Erhaltung der Stätten fehlen jedoch in den Gedenkstättenetats die Mittel. Hierfür werden auch in Zukunft immer wieder zusätzliche finanzielle Zuschüsse nötig werden.

Gegenwartsbezogene Darstellung der Opfergeschichten

Über die genannten Charakterisierungen von NS-Gedenkstätten hinaus ist ein weiteres Merkmal von zentraler Bedeutung: Gedenkstätten unterscheiden sich von anderen Museen und außerschulischen Lernorten bis heute vor allem durch eine parteiische Darstellung der Opfer.

Im Unterschied zur Darstellung von NS-Opfern in anderen Ländern, u.a. in den Holocaust-Museen, ist der Ausgangspunkt der Darstellung in den Gedenkstätten in Deutschland der historische Ort und nicht die staatliche, gesellschaftliche oder persönliche Verbindung mit einer bestimmten Opfergruppe. Anliegen der Gedenkstätten ist es, alle Opfergruppen mit ihrem jeweiligen historischen Verfolgungsschicksal – bezogen auf die tatsächliche Verfolgungsgeschichte an dem jeweiligen historischen Ort – darzustellen und nicht eine Gruppe besonders hervorzuheben.

Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand auf der einen Seite und der professionellen Weiterentwicklung der Gedenkstätten auf der anderen Seite werden über die Anerkennung der Opferschicksale hinaus die Täter zunehmend thematisiert. Der Begriff »Täter« wird dabei häufig pauschal auf die Gesellschaft ausgeweitet. Auch über Mitlaufende, Zuschauende, Profitierende wird sowohl biografisch als auch über die strukturellen Zusammenhänge ihres Handelns aufgeklärt. An diesen Themenkomplexen lassen sich Gegenwartsbezüge und Vergleiche mit anderen Formen von Staatsverbrechen entwickeln – ohne der Geschichte ihren eigenen Stellenwert zu nehmen.

Die Bearbeitung der Nachwirkungen der NS-Zeit entwickelt sich verstärkt zu einem eigens behandelten Thema. Sowohl die fortgesetzte Diskriminierung von verschiedenen Opfergruppen als auch die Straffreiheit der meisten Täter und deren Integration und Kontinuitäten in den Nachkriegsgesellschaften werden in allen neuen Gedenkstättenausstellungen aus unterschiedlichen Perspektiven dargestellt. Nachdem viele Gedenkstätten nun selbst auf Entwicklung von mehreren Jahrzehnten zurückblicken können, wird die Institutionengeschichte auch zum Bestandteil der Aufklärung über die Entwicklung des Geschichtsbildes.

Zunahme des Aufgabenspektrums

Mit der zunehmenden politischen Anerkennung der Gedenkstätten haben sich die Ansprüche an sie erhöht. Sie werden in ihren Zusammenhängen als Institutionen wahrgenommen, die über die historische Aufklärungsarbeit hinaus kulturpolitisch bedeutsam sind. Sie werden in vielfältiger Weise zur Mitwirkung angefragt. Das Spektrum reicht von der Mitveranstaltung von Gedenktagen, der Expertise zur NS-Geschichte und aktuellen erinnerungspolitischen Diskursen bis zur Mitwirkung in vielfältigen Kulturveranstaltungen, u.a. auf der Documenta in Kassel.

Dezentrale Gedenkstättenlandschaft

Die Gedenkstättenlandschaft gestaltet sich in Deutschland sehr dezentral. Im Unterschied zu anderen Ländern (Israel, USA, auch Frankreich) besteht keine große Einrichtung, die auf nationaler Ebene das Narrativ vorgibt. Stattdessen werden in Deutschland zwischen gleichgroßen Einrichtungen in solidarischer Konkurrenz kontinuierliche Erkenntnisse ausgetauscht und aktuelle Projekte vorangebracht. Das hat zwei Vorteile: Zum einen ist durch zwar im Großen und Ganzen gleichen Tätigkeiten, aber im Konkreten teilweise unterschiedlichen Ansätze ein große Pluralität gegeben. Zum anderen ist der Austausch untereinander so umfangreich und intensiv, dass die professionelle Diskussion und die damit gesetzten Standards ein hohes Niveau erreicht haben.

Gedenkstätten – eine Gliederung

Ist man vor 15 Jahren noch von gut 100 bestehenden Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland ausgegangen¹¹, so wird deren Zahl heute mit fast dreihundert angenommen. Gedenkstätten können auf zwei verschiedenen Ebenen kategorisiert werden. Das ist zum einen die Geschichte des historischen Ortes und zum zweiten die Größe der Einrichtung, die wiederum in hohem Maße von der Trägerschaft abhängig ist.

Einteilung nach historischen Ortsbezügen der Gedenkstätten

Gedenkstätten für NS-Opfer sind an Orten mit unterschiedlichem historischem Tatbezug entstanden. Daher ist der inhaltliche Arbeitsschwerpunkt, der sich aus der Geschichte ergibt, unterschiedlich. In den Auflistungen der Stiftung Topographie des Terrors werden folgende durch die historische Nutzung zu unterscheidende Kategorien aufgeführt:

- 1 KZ, auch Außenlager und frühe KZ
- 2 Kriegsgefangenenlager
- 3 Zwangsarbeiterlager
- 4 Gestapo, Polizei mit Haftstätten
- 5 Justiz-Haftanstalten
- 6 Stätten jüdischer Geschichte
- 7 Widerstand
- 8 »Euthanasie«
- 9 Arbeitserziehungslager
- 10 Gedenkstätte für NS-Opfer in einer Stadt
- 11 Orte der Planung, Ideologie etc.
- 12 Andere

An den Orten der großen, ab 1936 von der SS gesteuerten Konzentrationslager Buchenwald, Dachau (bereits seit 1933), Flossenbürg, Mittelbau-Dora, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen sowie in Bergen-Belsen befinden sich heute vergleichsweise große Gedenkstätten. An zahlreichen Standorten der, vor allem in der letzten Phase des Zweiten Weltkriegs entstandenen Außenlager, sind heute ebenfalls Gedenkstätten errichtet, wenn auch auf niedrigerem Ausstattungsniveau in Vergleich zu den Gedenkstätten an den Orten früherer Hauptlager. Eine Besonderheit stellt sich an einigen Gedenkstätten früherer Außenlager des, heute in Frankreich gelegenen, KZ Natzweiler-

Struthof in Baden-Württemberg dar. Darüber hinaus bestehen an den fünf Orten des NS-Krankenmordes Gedenkstätten in Deutschland: in Brandenburg, Bernburg, Hadamar, Grafeneck und Pirna-Sonnenstein.

Auch an Orten einiger ehemaliger Kriegsgefangenenlager sind Gedenkstätten entstanden. Häufig sind es nur kleine Gedenkstätten, die in keiner Weise zu der historischen Bedeutung der hier von der Wehrmacht begangenen Verbrechen passen. Zwischen Sandbostel in Nord- und Zeithain in Ostdeutschland gibt es hierfür einige Beispiele. In Bergen-Belsen wird die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers neben den übrigen Nutzungen des angrenzenden KZ-Geländes intensiv bearbeitet.

In Städten Nordrhein-Westfalens sind sowohl an historisch bedeutenden Orten, etwa den ehemaligen Gestapo-Sitzen und Gefängnissen in Köln und Dortmund oder in dem Gebäude in Düsseldorf, das zu Beginn der NS-Zeit Polizeipräsidium war, ebenso wie an profanen Orten, wie z.B. im Agrippabad in Bonn, Gedenkstätten gegründet worden, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die NS-Zeit darzustellen und alle Verfolgten aus der jeweiligen Stadt zu dokumentieren, um damit ein Gedenken zu ermöglichen.

Gedenkstätten, die sich mit Verbrechen der NS-Justiz auseinandersetzen, befinden sich an oder bei Haftstätten, die heute noch genutzt werden. Die als »Roter Ochse« bezeichnete Justizhaftanstalt in Halle und diejenige in Wolfenbüttel sind in diesem Bereich am bekanntesten. In Torgau (Sachsen) wird an einem bedeutenden Ort der Wehrmachtsgerichtsbarkeit – hier befand sich von August 1943 bis zur Kapitulation das Reichskriegsgericht mit großem Wehrmachtsgefängnis – dieser besonderen Opfergruppe gedacht.

In den historischen Räumen im Berliner Bendlerblock, wo sich das Zentrum der Attentäter des 20. Juli 1944 befand, besteht eine Gedenkstätte, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, an alle Facetten des Widerstandes zu erinnern. Besondere Haftstätten als Vorstufe zum KZ waren die »Arbeitserziehungslager«. Von Breitenau über Liebenau und Osnabrück wird darüber historisch aufgeklärt.

»Täterorte«

Eine besondere Form von Gedenkstätten stellen die Einrichtungen dar, die sich an »Orten der Täter« befinden. Diese Begrifflichkeit ist insofern irreführend, als dass die Orte, an denen die Taten geplant wurden, nur wegen der Verbrechen, die damit im Zusammenhang stehen, und somit wegen der großen Zahl von Opfern, von historischem Interesse sind. Als Pendant dazu gibt es keine »Opferorte« ohne Täter. Ein zentraler Unterschied zwischen den beiden Kategorien ist, dass in der Regel an den »Täterorten« keine Menschen unmittelbar ums Leben gekommen sind und sich keine großen europäischen Friedhöfe direkt mit ihnen verbinden. Daher treten die Trauer und das Gedenken an die Opfer an diesen Dokumentationszentren in den Hintergrund. Die Auskunft über Strukturen der Verfolgungsinstitutionen, aber auch Verantwortung und Handlungsmöglichkeiten in der arbeitsteiligen Täterschaft stehen hier im Mittelpunkt.

Zu diesen Kategorien zählen der Geschichtsort Villa ten Hompel, Sitz der Ordnungspolizei in Münster (Nordrhein-Westfalen) sowie das Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin. Das Dokumentationszentrum der Stiftung Topographie des Terrors am Ort der Zentralen des NS-Terrors im Zentrum von Berlin gehört ebenfalls zu diesem Komplex. An diesen Orten steht die Darstellung der Verfolgungsstrukturen und der jeweils

Verantwortlichen im Mittelpunkt. In der Namensgebung werden diese Nuancen bereits sichtbar. Der Sitz der Ordnungspolizei in der Villa ten Hompel ist als »Geschichtsort« benannt¹², die Stiftung Topographie des Terrors gibt sich im Untertitel den Namen »Internationales Dokumentationszentrum«¹³.

Die Wewelsburg (Nordrhein-Westfalen) ist kaum in eine Rubrik mit anderen Gedenkstätten einzuordnen. Hier wurde im Mai 1939 ein Konzentrationslager errichtet, um billige Arbeitskräfte für den Aufbau der zentralen Kultstätte der SS zur Verfügung zu haben. Der Ort ist sowohl Gedenkstätte für die etwa 1300 Toten des KZ als auch »Täterort«, an dem sich die SS-Ideologie manifestiert¹⁴.

Historische Kategorie	Zahl der Gedenkstätten
KZ, auch Außenlager und frühe KZ	45
Kriegsgefangenlager	9
Zwangsarbeiterlager	21
Gestapo, Polizei mit Haftstätten	8
Justiz-Haftanstalten	13
Stätten jüdischer Geschichte	60
Widerstand	12
»Euthanasie«	9
Arbeitserziehungslager	3
Gedenkstätte für NS-Opfer in einer Stadt	13
Orte der Planung, Ideologie etc.	7
Andere	21

Gedenkstätten mit besonderen historischen und aktuellen Bezügen

Darüber hinaus gibt es eine Reihe von weiteren Sonderfällen, etwa die Villa Merländer, die wegen der Wiederentdeckung von Wandbildern Heinrich Campendonks, eines in der NS-Zeit rassistisch verfolgten Malers, zur Gedenkstätte der Stadt Krefeld (Nordrhein-Westfalen) geworden ist (vgl. Schupetta 2004).

Dem Umfeld der Gedenkstätten wird zudem das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst zugerechnet. An diesem Ort der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und des Kriegsendes in Europa wird ein Schwerpunkt auf die Darstellung des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion und des anschließenden, auch gegen die Zivilbevölkerung äußerst brutal geführten Vernichtungskrieges gelegt. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, die Dokumentationsstätte auf dem Obersalzberg (alle Bayern) und die später hinzugekommenen Einrichtungen werden auch in der Liste der Gedenkstätten geführt. Das Historisch-Technische Informationszentrum Peenemünde (Mecklenburg-Vorpommern) kann ebenso in diesem Zusammenhang genannt werden; zumindest hat es über das Gedenkstättenkonzept des Bundes Gelder für den Umbau des Museums erhalten. Dennoch handelt es sich um einen Grenzfall. An diesem Ort hat das Heer Raketen getestet. Der erste gelungene Start einer sogenannten V2-Rakete ist auf den 3. Oktober 1942 datiert. Die Darstellung von Geschichte und Technik umfasst die gesamte Raketenentwicklung von den ersten Anfängen 1932 bis zu aktuellen Ereignissen. In der heutigen Ausstellung sind auch die Opfer dieser Waffen und die Zwangsarbeiter, die zum Bau eingesetzt wurden, thematisiert. Da es in dieser Versuchsanstalt jedoch keine verfolgungsbedingten Toten gab, findet ein Gedenken im gebräuchlichen Sinn hier nicht statt.

In diese Kategorie gehören auch die Dokumentationsstätten in Nürnberg zum Reichsparteitagsgelände, in Vogelsang zur Ordensburg und am Obersalzberg, wo ein

Dienstszitz Hitlers und die dort getroffenen Entscheidungen thematisiert werden. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin und der darin integrierte »Ort der Information« sind Stätten, die sich nicht an einem historischen Ort befindet. Der Ort der Information wird jedoch von Politik und Öffentlichkeit ebenfalls als Gedenkstätte angesehen. Die Bundesstiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die diesen Ort betreibt, führt vielfältige Tätigkeiten wie Führungen, pädagogische Kursangebote für Besuchergruppen oder Vortragsveranstaltungen durch, die auch (andere) Gedenkstätten anbieten. Daher ist dieser Ort in der Liste der Gedenkstätten aufgenommen.

Orte jüdischer Geschichte

Die Einbeziehung von Orten jüdischer Geschichte in die Gedenkstättenkategorie ist nicht immer eindeutig. Auf der einen Seite verstehen sich Gedenkstätten, wie in Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb, wo auf dem jüdischen Friedhof und im ehemaligen Schulgebäude an die ehemals große jüdische Bevölkerung erinnert wird, explizit als Gedenkstätten für das jüdische Leben an diesen Orten und dessen gewaltsames Ende. Vor allem in Baden-Württemberg gibt es viele solcher Einrichtungen. Andere Einrichtungen hingegen legen Wert darauf, dass ihre Ausstellungs- und Bildungstätigkeit auf die jahrhundertlange jüdische Religion und Geschichte vor Ort ausgerichtet ist – und explizit nicht auf die Shoah. Eine Abgrenzung zwischen Gedenkstätte und jüdischem Museum erfolgt hier am besten nach dem Selbstverständnis der jeweiligen Institution.

Besucherzahlen und -strukturen

Die Besucherzahlen reichen von mehr als einer Million in der Stiftung Topographie des Terrors, über mehrere Hunderttausend Besucher in den KZ-Gedenkstätten, fünfstelligen Besuchszahlen in den mittelgroßen Einrichtungen bis hin zu jährlich einigen Tausend Interessierten in den Gedenkstätten, die vor allem regional ausgerichtet sind.

Unter anderem ergeben sich aus den unterschiedlichen Zahlen ungleiche Rahmenbedingungen für die Bildungsarbeit. Das beginnt schon bei der Zusammensetzung der Besuchsstruktur. Insbesondere die internationale Zusammensetzung der Besucher wirkt sich auf die pädagogischen Angebote aus. Zwei Beispiele: In Dachau bei München sind Nordamerikaner die größte Gruppe. Bergen-Belsen dagegen, das einige Kilometer von der wichtigen Nord-Süd-Route entfernt an der Autobahn A7 liegt, wird von vielen Skandinaviern besucht. Sprachliche Voraussetzungen müssen ebenso berücksichtigt werden wie der unterschiedliche Wissensstand und unterschiedliche Einstellungen von Besuchern aus verschiedenen Ländern.¹⁵

In den Gedenkstätten mit geringer Frequentierung überwiegt das Publikum aus der jeweiligen Stadt oder Region. In diesen Gedenkstätten ist der prozentuale Anteil der Besucher, die angemeldet und in Gruppen anreisen und durch Führungen betreut werden, wesentlich höher als in den KZ-Gedenkstätten, die hauptsächlich Einzelbesucher¹⁶, die unangemeldet in die Gedenkstätte kommen, verzeichnen. Daher ist der Betreuungsschlüssel für Besuchende und vor allem Gruppen häufig besser als in den weitbekannten Einrichtungen. Auf jeden Fall sind die Stätten, die lokal und in der Region geschätzt sind, für die Entwicklung des Geschichtsbewusstseins in Deutschland von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Gerade dadurch, dass die Verbrechensgeschichte des NS-Regimes hier konkret wird und nicht abstrakt weit entfernt vermittelt wird, konnte die heute geschätzte Erinnerungskultur in Deutschland entstehen.

Allerdings gibt es bezüglich der Besuchenden aus der ganzen Welt keine wissenschaftlich valide Studie über den Kenntnisstand und die Wissensinteressen. Bisher gibt es im Bereich der Gedenkstätten – im Unterschied zu den über 6000 in Deutschland bestehenden Museen¹⁷ – keine jährliche Veröffentlichung mit einem quantitativen statistischen Überblick, sei es hinsichtlich der Besucher, aber auch der Etats oder Mitarbeiterschaft.

Finanzierungs- und Organisationsformen

Finanziell getragen werden die Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland von der öffentlichen Hand; im Detail ist die Finanzierung jedoch sehr unterschiedlich: Gedenkstätten, die von gesamtstaatlicher Bedeutung sind und in den neuen Bundesländern liegen, wie Buchenwald und Mittelbau-Dora in Thüringen, Ravensbrück und Sachsenhausen in Brandenburg, aber auch die Berliner Institutionen Haus der Wannsee-Konferenz, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stiftung Topographie des Terrors werden schon lange vom Bund und dem jeweiligen Sitzland finanziert. Vor einigen Jahren wurden in diese kontinuierliche finanzielle Bundesstiftung Bergen-Belsen, Dachau, Flossenbürg und Neuengamme aus den alten Bundesländern mit aufgenommen. Darüber hinaus gibt es einzelne Sonderfälle, in denen die Förderung ausschließlich von Bundesseite erfolgt. Die geläufigste Institution ist das Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Im Ruhrgebiet sind die Großstädte für die Gedenkstätten alleinverantwortlich. Einige Landkreise tragen dauerhaft nahezu die gesamte Finanzierung der Erinnerungsstätten – so der Kreis Paderborn die Wewelsburg –, andere teilweise, wie der Emslandkreis mit der Finanzierung einer Sachbearbeitungsstelle im Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager. Die jeweiligen Formen der institutionellen Anbindung und Finanzierung sind neben den dargestellten strukturellen Hintergründen häufig von konkreten politischen Konstellationen und vor allem einzelnen handelnden Personen abhängig. Daraus erklären sich die örtlichen Besonderheiten.

Viele der Gedenkstätten, die lokale oder regionale Bedeutung haben, werden von der typisch deutschen Form des eingetragenen Vereins mit Gemeinnützigkeit getragen. Sie sind aus zivilgesellschaftlichem Engagement entstanden und haben diese Struktur bis heute beibehalten. Dennoch sind sie auf Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen. Neben den Vereinsbeiträgen und Spenden sind Zuschüsse von Gemeinden, Städten, Landkreisen und dem Sitzland notwendig. Häufig muss der Gesamtetat wie ein Puzzle zusammengesetzt werden. Wichtig, aber nicht immer vorhanden und garantiert, sind institutionelle Zuschüsse für die vereinsgetragenen Gedenkstätten.

Nach dieser Form organisierte Gedenkstätten müssen mit dem – nicht nur im Gedenkstättenbereich vorhandenen – Problem umgehen, dass die Vorstandsmitglieder immer älter werden und es kaum ehrenamtlich tätigen Nachwuchs gibt. Zwar interessieren sich genügend gut ausgebildete Geisteswissenschaftlerinnen und – Wissenschaftler für diese Geschichte. Sie sind bereit, sich in zeitlich befristete Projekten an den Einrichtungen zu engagieren. Aufgrund Ihrer Arbeitssituation sind die meisten aber nicht in der Lage, sich längerfristig ehrenamtlich zu binden.

Um diesem Umstand Herr zu werden, beginnen die betroffenen Einrichtungen mit neuen Modellen zu arbeiten. Ein Beispiel hierfür ist der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb¹⁸. Dank des Zusammenschlusses mehrerer kleiner Einrichtungen ist es

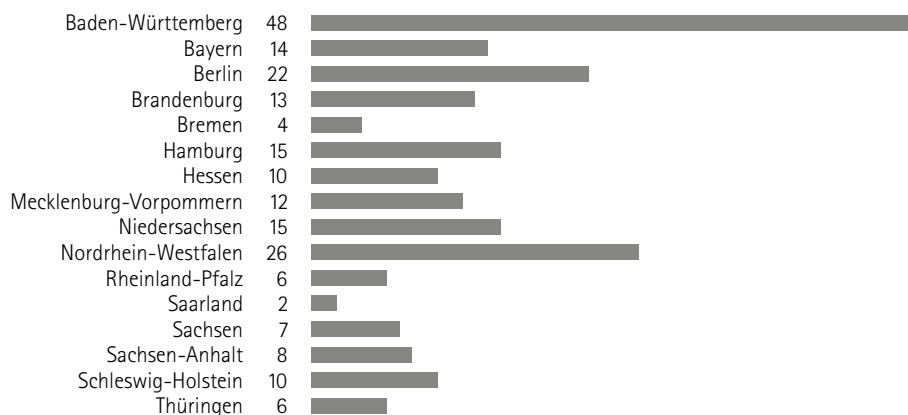
möglich, eine hauptamtliche Kraft für die Arbeit anzustellen. Letztendlich hängt die weitere Perspektive davon ab, dass Berufsperspektiven im Zusammenhang mit der historischen Aufklärungsarbeit geboten werden können.

Neben der Beibehaltung des laufenden Etats müssen alle Einrichtungen erhebliche Anstrengungen zur Einwerbung von Drittmitteln auf sich nehmen. Ohne diese sind neue Ausstellungen, größere Projekte, sowohl im Bereich der Erhaltung und Dokumentation als auch in der Bildung, in größerem Umfang nicht durchführbar.

Vernetzung und Zusammenarbeit

Es gibt von Beginn an verschiedenen Arbeitskreise, die sich selbstorganisiert über viele Jahrzehnte treffen. Das Spektrum beginnt mit dem Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen »Euthanasie« und Zwangssterilisation, der sich 1983 gegründet hat und in dem auch die jeweiligen Gedenkstätten und -Initiativen zusammengefounden haben¹⁹. Ein weiter Zusammenschluss, den viele heute in Gedenkstätten Tätige durchlaufen haben, ist der »Workshop zur Geschichte der Konzentrationslager«²⁰, der sich seit 1994 regelmäßig zusammenfindet.

Bedingt durch die unterschiedlichen Ansprechpartner in Politik und Verwaltung haben sich dezentrale Organisationsformen herausgebildet. Hat es in den 1980er-Jahren noch ausgereicht, sich auf den bundesweiten Gedenkstättenseminaren zu treffen, erschien es mit dem Entstehen weiterer Gedenkstätten- und Initiativen sinnvoller, bundeslandweite Zusammenschlüsse zu gründen. Für die meisten Gedenkstätten ist die Landesregierung ein wichtiger Ansprechpartner. Vor allem, wenn diese sich dazu bekennt, die Gedenkstätten auch finanziell zu fördern und die Länder Landesmittel bereitstellen. Das Modell für die Landesgedenkstättenförderung wurde 1987 in Diskussion mit Landesparlamentariern in Niedersachsen geschaffen und ist damals vor allem durch den Abgeordneten Rolf Wernstedt protegiert worden. Da in den Beiräten für die Mittelvergabe auch Vertretungen der Gedenkstätten und -Initiativen sitzen sollen, ist die Selbstorganisation notwendig. Nur so kann die Delegation in entsprechende Gremien vereinbart werden. Zudem haben die Landesverbände, häufig in guter Zusammenarbeit mit den Landeszentralen für politische Bildung, die Professionalisierung von in Gedenkstätten Tätigen durch Fortbildungsveranstaltungen gefördert.



Anzahl der Gedenkstätten in den Bundesländern, zusammengestellt nach den aktuell im Internet verfügbaren Übersichten

In den letzten Jahren haben die verschiedenen Gedenkstättenverbände über die Ländergrenzen hinaus ihren Austausch und die Zusammenarbeit verstärkt. Ein Ergebnis ist die Gründung des FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften, in denen folgende Landesverbände mit Delegierten vertreten sind:

Bundesland	Mitglieder
Baden-Württemberg	80
Hessen	40
Mecklenburg-Vorpommern	15
Niedersachsen	35
Nordrhein-Westfalen	24
Rheinland-Pfalz	60
Schleswig-Holstein	10
Bremen	1
Insgesamt	265 ²¹

KZ-Gedenkstätten hatten sich vor über zwei Jahrzehnten zusammengefunden, um gemeinsam gegen die unhaltbare Arbeitsweise des Internationalen Suchdienstes in Arolsen zu intervenieren. Kritisiert wurde sowohl die äußerst schleppende, für Überlebende so wichtige Auskunft über Haftzeiten, aber auch die Verweigerung, den Gedenkstätten Unterlagen aus den verschiedenen Lagern zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt liegen in Bad Arolsen Artefakte aus den Lagern, die eigentlich in die Depots der jeweiligen Gedenkstätten gehören, wo sie bewahrt und als Grundlage für die Bildungsarbeit genutzt werden können. Aus diesem konkreten Anliegen heraus hat sich die AG der KZ-Gedenkstätten in Bundes- und Landesträgerschaft gebildet. Vor allem in den geschichts- und institutionspolitischen Debatten der 1990er- und beginnenden 2000er-Jahre hat sie sich in bundesweite Debatten eingemischt.

Die Gruppe der »Großen« wurde, trotz ihrer Bedeutung in den erinnerungspolitischen Debatten, von vielen »kleinen« Gedenkstätten, nicht als gemeinsame Vertretung anerkannt. Bis heute gibt es keine gemeinsame Organisation der Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland.

Auch auf internationaler Ebene gibt es bisher keine Abstimmung. Die internationale Vernetzung geschieht bisher nur bilateral. Zwar waren 2003 unter den Gründern des Internationalen Komitees für Gedenkstätten für Opfer staatlicher Gewaltherrschaft (IC MEMO) im Internationalen Museumsbund (ICOM) zahlreiche Leitungskräfte aus Gedenkstätten in Deutschland vertreten. Gerade für die zunehmend wichtiger werdende Teilnahme an internationalen Debatten ist der Weltmuseumsbund von großer Bedeutung. Dennoch wird diese Ebene bisher nur von wenigen Einrichtungen und persönlichen Mitgliedern wahrgenommen.

Ähnliches gilt für die vor knapp 20 Jahren ins Leben gerufene internationale Task Force für Holocaust-Erziehung, die sich heute International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)²² nennt. Obwohl in der 31 Mitglieder umfassenden Organisation die einzige kontinuierliche Möglichkeit besteht, sich international zu vernetzen, professionell behilflich zu sein und in die geschichtspolitischen Debatte einzumischen, besteht über die sehr aktiven Delegierten aus Deutschland hinaus wenig Interesse an der Arbeit.

Überblick über die Gedenkstätten – ein Quellenproblem

Ausdruck dieser Vielfalt der Gedenkstätten, die sich in verschiedenen Strukturen organisieren oder teilweise auch ohne Verbandsverbindungen agieren, ist, dass es keine gemeinsame Übersicht über alle Gedenkstätten gibt. Wenn man bei Google »Gedenkstättenübersicht« eingibt, landet man an oberster Stelle bei der Seite www.gedenkstaetten-uebersicht.de. Hier sind Gedenkstätten aus den europäischen Ländern aufgeführt. Für Deutschland ist jedoch nicht die gesamte Zahl der z.B. von dem FORUM vertretenen Gedenkstätten und Initiativen gelistet.

Eine Suche bei Wikipedia ergibt ebenfalls eine Auflistung vieler Länder. Beim Klick auf »Deutschland« wird eine kurze Übersicht gegeben, beginnend bei der Stolperstein-Aktion und endend mit dem Projekt Memory Loops. Daran schließt sich eine beeindruckend lange Liste von Orten an, deren Ordnungskriterium nicht nachvollziehbar ist.

Der Arbeitskreis der Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen hat ebenfalls eine bundesweite Gedenkstättenübersicht erarbeitet.²³ Dieser unterscheidet sich in der Auflistung von der hier vorgenommenen Definition, da dort viele Einrichtungen, die zu jüdischer Geschichte und Gegenwart arbeiten, aber auch Landeszentralen für politische Bildung, die selbst zwar Gedenkstätten unterstützen, aber nicht betreiben, aufgelistet sind.

Einen besonderen Stellenwert hat die Übersicht »Deutschland – ein Denkmal« (www.deutschland-ein-denkmal.de). Das 1996 von der Künstlerin Sigrid Sigurdsson initiierte und 1998 im Karl-Ernst-Osthaus-Museum ausgestellte Projekt hat eine große Anzahl von NS-Verbrechensorten zusammengetragen und grafisch dargestellt. Leider hat es keine dauerhafte Finanzierung gegeben, sodass auch hier Lücken vorhanden sind.

Den besten Überblick über die Gedenkstätten und -Initiativen für die Opfer des NS-Regimes finden sich aktuell in den Übersichten, die in den einzelnen Bundesländern zusammengetragen und publiziert wurden. Diese sind heute im Internet zu finden. Sie bieten einen relativ aktuellen Überblick. Aber selbst hier sind nicht immer alle Einrichtungen aufgelistet, was bei genauerem Hinsehen deutlich wird. Gerade bei den kleinen Einrichtungen und Initiativen gibt es ständig Veränderungen, die nicht in jedem Fall zeitnah korrigiert werden.

Am übersichtlichen Beispiel des kleinen Bundeslandes Bremen soll die Problematik dargestellt werden: Auf der Web-Seite der Tourismusinformation des Landes Bremen ist der Denkort Bunker Valentin im Bereich Museen und Galerien²⁴ einfach zu finden. Im gleichen Portal ist er auf der Übersichtsseite zu Gedenkstätten nicht aufgeführt.²⁵ Darüber hinaus müsste noch die Dokumentationsstätte Gefangenenhaus Ostertorwache und die Baracke 27 sowie der Verein²⁶, der diesen Geschichtslehrpfad betreut, genannt sein. Beide kommen auf offiziellen Bremer Internetseiten über Museen nicht vor. Sie sind wiederum auf der Homepage der NRW-Gedenkstätten-AG genannt. Dafür taucht dort die offizielle Homepage des Bunker Valentin nicht auf²⁷. Im Saarland wird immer nur auf den einen Denkort Neue Bremm in Saarbrücken verwiesen²⁸. In Thüringen gibt es mehrere Homepages über Gedenkstätten. Diese umfassen aber entweder nur einen kleinen Teil der bestehenden Einrichtungen oder sind – wie etwa vom Museumsverband²⁹ – so unspezifisch, dass sie hier nicht aufgelistet sind.

In der folgenden Liste sind die im Internet abrufbaren Übersichten, nach Bundesländern sortieren, dargestellt:

Land	Name	Träger	Link
Baden-Württemb.	Gedenkstätten in Baden-Württemb.	Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg	www.gedenkstaetten-bw.de/gedenkstaetten_uebersicht.html
Bayern	Bayerische Landeszentrale für politische Bildung	Bayer. Landeszentrale für polit. Bildung Bayer. Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst	www.blz.bayern.de/blz/gedenkstaetten/index.asp
Berlin	Orte der Erinnerung 1933-1945	Ständigen Konferenz der Leiter der Gedenkstätten und Erinnerungsorte	www.orte-der-erinnerung.de/de/institutionen
Brandenburg	Bildungsserver Berlin-Brandenburg	Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg Land Brandenburg Land Brandenburg	https://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/index.php?id=gedenkstaetten
Bremen	Bremen erleben!	Wirtschaftsförderung Bremen GmbH Stadt Bremen	www.bremen.de/gedenkstaetten-1351640
Hamburg	Gedenkstätten in Hamburg	KZ-Gedenkstätte Neuengamme	www.gedenkstaetten-in-hamburg.de/home
Hessen	HLZ – Politische Bildung in und für Hessen	Hessische Landeszentrale für politische Bildung	www.hlz.hessen.de/nc/themen/ref-iii-erinnern/gedenk-uebersicht.html
Mecklenburg-Vorpommern	AG Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern	Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern	www.gedenkstaetten-mv.de
Niedersachsen	Niedersachsen	Land Niedersachsen	https://www.niedersachsen.de/land_leute/geschichte/gedenkstaetten/19981.html
Nordrhein-Westfalen	Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V.	Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW e.V.	www.ns-gedenkstaetten.de/nrw
Rheinland-Pfalz	Gedenkarbeit in Rheinland-Pfalz	Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz	www.gedenkarbeit-rlp.de
Saarland	-	-	-
Sachsen	Sachsen. Land von Welt.	Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen mbH	www.sachsen-tourismus.de/reisethemen/kunst-kultur/museen-gedenkstaetten
Sachsen-Anhalt	Gedenkstättenstiftung Sachsen-Anhalt	Land Sachsen-Anhalt	stgs.sachsen-anhalt.de/startseite
Schleswig-Holstein	Gedenkstätten in Schleswig-Holstein	Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten	www.gedenkstaetten-sh.de
Thüringen	-	-	-

Eine Liste mit allen in den jeweiligen Übersichten aufgelisteten Gedenkstätten – Stand Sommer 2017 – ist auf der Homepage des GedenkstättenForum zu finden: www.gedenkstaettenforum.de

Dr. Thomas Lutz ist Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors und Redakteur des GedenkstättenRundbrief.

Marie Schulze, hat nach ihrem Abitur ab September 2016 ein einjähriges Freiwilliges Soziales Jahr Kultur im Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors absolviert.

- 1 Angela Genger: Einleitung, in: Wulff E. Brebeck u.a. (Hrsg.): Zur Arbeit in Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – ein internationaler Überblick, Berlin 1988 (Schriften zur Arbeit in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Band 1), 9–16.
- 2 Detlef Garbe (Hrsg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, Bornheim-Merten 1983, S. 28
- 3 Gisela Lehrke: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – Historisch-politische Bildung an Orten des Widerstands, Frankfurt 1988, S. 24ff.
- 4 Ulrike Puvogel, Ulrike (Red.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – eine Dokumentation. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1, Bonn 1995. Der 2. Band erschien 1999.
- 5 Michael Zimmermann: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Westdeutschland. Überlegungen zur Perspektive eines historisch-politischen Konzeptes; in: Gedenkstättenrundbrief 40, Berlin 1/1991, S. 4–7
- 6 Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München 1995. S. 22.
- 7 Etienne Françoise Et Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Band 1, München 2001.
- 8 Peter Reichel Auschwitz, in: Etienne Françoise Et Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, Band 1, München 2001, S. 600–621.
- 9 Hier und im Folgenden zitiert nach: Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in Deutschland: KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland – Selbstverständnis, Leitlinien, Organisationsprofil, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 80, Berlin 1997, S. 18–20.
- 10 Wulff E. Brebeck: Zeitgeschichtliches Museum oder ..., in: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. (Hrsg.): Gedenkstätten im Wandel: Ein internationaler Vergleich, Berlin 1991, S. 26.
- 11 Reinhard Rürup, Reinhard (Hrsg.): Netzwerk der Erinnerung: 10 Jahre Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 2003, S. 12–15.
- 12 Alfons Kenkmann: Vom Schreibtischäterort zum Lernort. Überlegungen zur Nutzung der Ordnungspolizei-Residenz in der historisch-politischen Bildungsarbeit, in: ders. (Hrsg.): Villa ten Hompel. Sitz der Ordnungspolizei im Dritten Reich – Vom »Tatort Schreibtisch« zur Erinnerungsstätte?, Münster 1996, S. 115–137.
- 13 Rürup, Reinhard (Hrsg.): Topographie des Terrors: Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände«, eine Dokumentation (16., überarbeitete und erweiterte Aufl.), Berlin 2005.
- 14 Karl Hüser und Wulff E. Brebeck: Wewelsburg 1933–1945 (4. Aufl.), Münster 2002.
- 15 Diese kurze Übersicht macht deutlich, dass sich das Besucherinteresse aus einem Zusammenspiel von historischer Bedeutung, internationaler Bekanntheit und Touristenströmen speist, die von Ort zu Ort differieren und im Einzelnen dargestellt werden müssten. Dies kann hier nicht geleistet werden.
- 16 Der Begriff »Einzelbesucher« ist irreführend, da diese die Gedenkstätte in der Regel paarweise oder in kleinen Gruppen mit Bekannten und Freunden besuchen.
- 17 Institut für Museumsforschung: Statistische Gesamterhebung an den Museen der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2015. Including an English Summary, Materialien aus dem Institut für Museumsforschung, Band 70, Berlin 2016.
- 18 Siehe hierzu: www.gedenkstaettenverband-gna.org/ (15. 9. 2017)
- 19 www.ak-ns-euthanasie.de/ (15. 9. 2017)
- 20 Siehe: Christiane Heß und Karsten Wilke: Workshop zur Geschichte der Konzentrationslager, in: Gedenkstättenrundbrief 165, Berlin 2012), S. 31–43
- 21 Anzahl der vom FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften vertretenen Einrichtungen lauf Email vom Sprecherrat (Andreas Ehresmann) vom 15.9.2017.
- 22 www.holocaustremembrance.com/ (15. 9. 2017)
- 23 www.ns-gedenkstaetten.de/gedenkstaetten-bundesweit.html (15. 9. 2017)
- 24 www.bremen.de/kultur/museen-und-galerien (15. 9. 2017)
- 25 www.bremen.de/kultur/gedenkstaetten-1351640 (15. 9. 2017)
- 26 www.geschichtslehrpfad.de/valentin/valentin.htm (15. 9. 2015)
- 27 Siehe Homepage: www.ns-gedenkstaetten.de/gedenkstaetten-bundesweit/bremen.html. Die offizielle Homepage des Denkort Bunker Valentin ist: www.denkort-bunker-valentin.de/startseite.html (beide 15. 9. 2017).
- 28 www.gestapo-lager-neue-bremm.de/front_content.php?idcat=43 (15. 9. 2017)
- 29 www.museumsverband-thueringen.de/museumsverband/museen/gattungen/gedenkstaetten.html (15. 9. 2017)

Zwischen allen Stühlen. Die Geschichte der italienischen Militärinternierten 1943–1945

Daniela Geppert

»Erinnerung statt Entschädigung«, so lautet die Überschrift des letzten Kapitels der neuen Dauerausstellung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Seit Jahren waren die deutsch-italienischen Beziehungen durch Klagen zur Entschädigung von ehemaligen italienischen Militärinternierten belastet. Diese Gruppe wurde 2001 von der Kompensation für ehemalige Zwangsarbeiter ausgeschlossen. Im März 2009 setzten die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik eine Deutsch-Italienische Historikerkommission ein. Sie sollte die deutsch-italienische Kriegsvorgangene aufarbeiten und Wege zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur aufzeigen. Im Dezember 2012 übergab die Kommission ihre Empfehlungen an die Außenminister Italiens und Deutschlands.¹ Diese sahen unter anderem eine Ausstellung zur Geschichte der italienischen Militärinternierten im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin vor.

Am 28. November 2016 eröffneten der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein italienischer Amtskollege Paolo Gentiloni die Ausstellung »Zwischen allen Stühlen. Die Geschichte der italienischen Militärinternierten 1943–1945« im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Mit ihr wird zum ersten Mal in Deutschland das Schicksal der italienischen Militärinternierten in einer eigenen Dauerausstellung gewürdigt. Wer waren nun die italienischen Militärinternierten, um die es noch in den 2000er-Jahren so viel Unruhe zwischen Deutschland und Italien gab?

Im Zweiten Weltkrieg war Italien Bündnispartner des NS-Regimes, die Soldaten beider Länder kämpften in einigen Kriegsgebieten Seite an Seite. Doch am 8. September 1943 schloss Italien einen Waffenstillstand mit den Westalliierten. Die italienischen Soldaten und Offiziere wurden über Nacht von Freunden zu Feinden und die Wehrmacht nahm etwa 800 000 von ihnen gefangen. 650 000 wurden in das Deutsche Reich und die besetzten Gebiete transportiert, um Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft zu leisten. Innerhalb des NS-Regimes bestimmten konkurrierende Ansprüche wie Vergeltung für den »Verrat« des Kriegsaustritts Italiens einerseits und maximale Ausbeutung ihrer Arbeitskraft andererseits ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Auch Mussolini erhob als Führer der im September 1943 gegründeten Repubblica Sociale Italiana (RSI) Ansprüche auf die Männer, um seine neue Armee aufzufüllen. Diese unterschiedlichen Interessen führten dazu, dass die italienischen Militärangehörigen »zwischen allen Stühlen« saßen. Dieser Zustand beschreibt auch heute die Situation der ehemaligen Militärinternierten. Im Gegensatz zu den zivilen Zwangsarbeitern wurden sie nicht entschädigt. Trotz ihrer Überführung in ein Zivilarbeiterverhältnis ab Sommer 1944 galten die etwa 90 000 Ex-Internierten aufgrund eines juristischen Gutachtens von 2001 als Kriegsgefangene. Kriegsgefangene waren (bis auf Polen) von den zwischen 2000 und 2007 geleisteten individuellen Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen worden. Für die Betroffenen war diese Entscheidung besonders bitter. Litten sie noch jahrzehntelang im eigenen Land unter



Eingang mit zentralem Bildmotiv der Ausstellung. Foto: Jürgen Sendel 2016

der Missachtung ihres Schicksals, so wurde diese Missachtung aus Deutschland nun auch auf staatlicher Ebene besiegelt. Es folgten eine Reihe von gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen deutscher und italienischer Seite, bis der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 3. Februar 2012 Deutschlands Immunität gegenüber Einzelklagen zur Entschädigung bestätigte. Die »verweigerte« Entschädigung und die folgenden Auseinandersetzungen belasteten das deutsch-italienische Verhältnis weiterhin. Vor diesem Hintergrund richtete die Bundesregierung 2014 den deutsch-italienischen Zukunftsfonds ein, aus dem Erinnerungsprojekte mit Bezug auf die Ereignisse zwischen 1943 und 1945 in Deutschland und Italien gefördert werden sollten.

Die Vorbereitungen zu der Ausstellung »Zwischen allen Stühlen« begannen 2013/2014 mit der Konzeption der Ausstellungsinhalte und der Antragstellung beim deutsch-italienischen Zukunftsfonds. Nach Bewilligung des Projektes wurde 2014 mit den konkreten Arbeiten begonnen. Zum Ausstellungsteam gehörten die Kuratoren Dr. Kay Kufeke, Andreas Froese-Karow (bis August 2015) und die Kuratorin Iris Hax (ab September 2015), die unter der Leitung der Autorin das Projekt realisierten.

Die Ausstellung schildert auf einer Fläche von etwa 250 m² mit Fotos, Zeichnungen, Objekten, Dokumenten, Projektionen und Videostationen das Schicksal dieser in Deutschland weitgehend unbekanntem Opfergruppe des Nationalsozialismus. Sie wird in einer historischen Baracke des ehemaligen Lagers 75/76 des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt (GBI) in Berlin-Schöneweide gezeigt. Auch in diesem Lager, wie in vielen anderen, waren italienische Militärinternierte untergebracht.

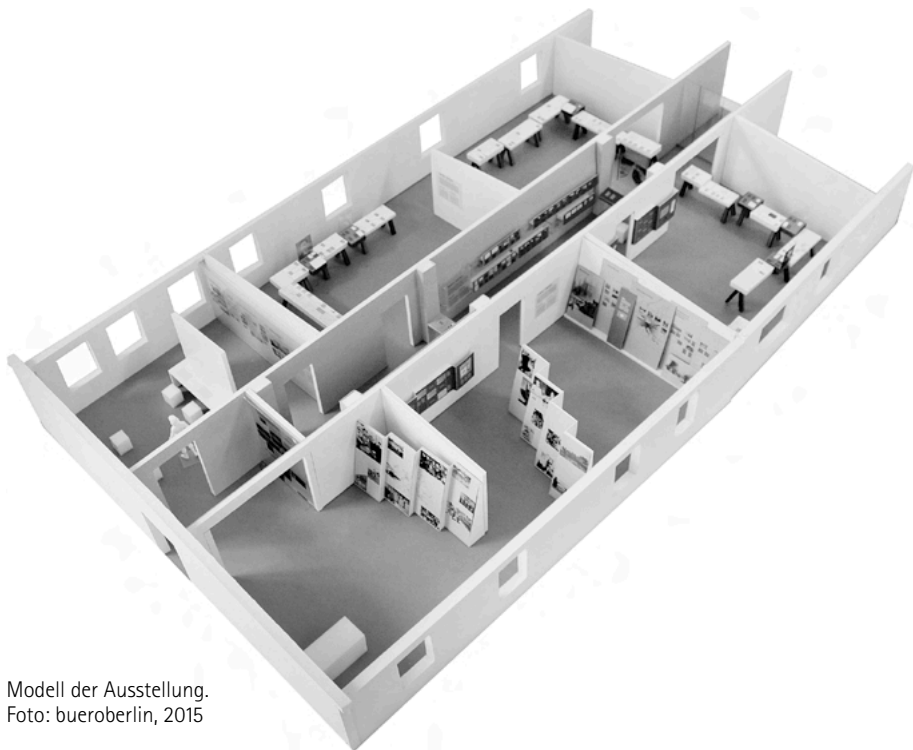
Für die Ausstellungsarchitektur erhielt nach einem Realisierungswettbewerb das Team von buerobertin mit Evelina Johansson, Julia Neubauer und Ruth Schroers den Zuschlag. Die Ausstellungsarchitektur geht sensibel mit der historischen Bausubstanz um und folgt den räumlichen Vorgaben. Die Struktur der Unterkunftsbaracke ist weitestgehend erhalten und der Charakter der Räume mit den Spuren der verschiedenen Nutzungen (NS-Zeit, Impfstoffinstitut in der DDR) bleibt sichtbar, denn die Baracke ist

selbst Exponat. An keiner Stelle werden Exponate oder Informationen direkt auf den Barackenwänden angebracht, sondern immer mit einem Abstand zum historischen Gebäude präsentiert. Auch der Blick nach außen bleibt erhalten: Durch die Fenster können die Besucher das Lagergelände, aber auch die nahen Wohnhäuser bewusst wahrnehmen. Augenfällig ist so die Situierung des Lagers und seiner »Bewohner« inmitten der deutschen Zivilbevölkerung.

Die Ausstellungsarchitektur schafft für die chronologisch-thematische Abfolge der Inhalte eine klare Struktur und damit verbundene Besucherführung. So werden die ehemaligen »Stuben« (Schlafräume) für das Auftaktkapitel, die Gefangennahme, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Militärinternierten und später in den Zivilstatus versetzten Italiener sowie für das letzte Kapitel zur Erinnerung und Entschädigung der Gruppe genutzt. Im zentralen Mittelgang der Baracke sind dagegen Themen des »Übergangs« angesiedelt: Der Transport in die Lager und nach Kriegsende der Transport zurück in die Heimat. Die Ausstellung ist barrierefrei. Pultvitрины sind unterfahrbar, Hands-on Bereiche und Hör- sowie Videostationen sind auch für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer nutzbar.

Das Farbkonzept der Ausstellung orientiert sich am Gesamtauftritt des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit und greift mit Blau- und Grüntönen die Hausfarben auf, Weiß fungiert als neutrale Grundfarbe. So entsteht eine dem Thema angemessene, zurückhaltende Farbgestaltung. Die dreisprachigen Texte auf Deutsch, Italienisch und Englisch sind knapp gefasst und farblich auf die jeweiligen Trägerflächen abgestimmt. Dabei wurde Wert auf gut lesbare Kontraste gelegt.

Die Ausstellung ist in acht Kapitel und vier gesonderte Themenschwerpunkte gegliedert. Letztere sind farblich und architektonisch abgesetzt und bieten Zusatzinformatio-



Modell der Ausstellung.
Foto: buerobertin, 2015



Kapitel 2. Foto:
Jürgen Sendel 2016

nen außerhalb der chronologischen Struktur an, ohne die ein Verständnis der besonderen Umstände der Gefangenschaft der italienischen Militärinternierten nicht möglich ist. Der Besucher findet hier auch hands-on Bereiche vor, die ihm das »Begreifen« dieser komplexen Sachverhalte erleichtern sollen. Außerdem bieten farblich neutral gehaltene Grafiken statistische Hintergrundinformationen an – wie zum Beispiel über die Zahl der Militärinternierten im Verhältnis zu Kriegsgefangenen anderer Nationen oder Hinweise auf die Branchen und Einsatzbereiche der italienischen Militärinternierten.

In Kapitel 1 wird in einer Bild-Text-Projektion schlaglichtartig die Beziehung zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland geschildert: Von den politischen und militärischen Abkommen beider Länder über den gemeinsamen Krieg ab 1940 bis hin zur Absetzung Mussolinis und dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten zeugen Fotos, Landkarten und Schlagzeilen. Die Ausstellungsarchitektur platziert die Inhalte auf leicht angeschrägten massiven Bahnen entlang der Stubenwand. Der Raum ist abgedunkelt, die Wahrnehmung des Lagers ist an dieser Stelle ausgeblendet; für die Vorgeschichte spielt es keine Rolle.

Das zweite Kapitel zeigt die Gefangennahme der italienischen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere durch die Wehrmacht. Eine Karte Südeuropas ermöglicht die geografische Verortung des Geschehens in Griechenland, Italien, Frankreich und auf dem Balkan. Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht bei der Gefangennahme italienischer Militärangehöriger werden an einigen Beispielen vorgestellt. Dazu zählen die Erschießung von Polizisten in Barletta als Vergeltungsmaßnahme für den Tod zweier Wehrmachtssoldaten oder das Massaker an italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kefalonia. Die Gestaltung zitiert die Schrägen aus Kapitel 1, stellt sie aber nun als flache Paneele vor der Wand auf.

Gegenüber von Kapitel 2 ist der erste Themenschwerpunkt angebracht. Er widmet sich dem vom NS-Regime als »Verrat« gewerteten Kriegsaustritt Italiens. Die deutsche Propaganda befeuerte alte Vorurteile von den »heimtückischen« und »verräterischen«



Themenschwerpunkt 4
zu Kollaboration und
Verweigerung.
Foto: Andreas Schölzel

Italienern. Viele Deutsche, seien es Wachmänner in den Lagern, deutsche Vorarbeiter oder Passanten griffen diese auf und schlugen, bespuckten oder beschimpften die italienischen Militärinternierten als »Verräter«. Auch bei den Spitzen von Partei und Wehrmacht beherrschte lange Zeit der Gedanke der Rache für den Kriegsaustritt die Entscheidungen über die Militärinternierten. Diese feindselige Haltung bestimmte maßgeblich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gruppe.

Die katastrophalen Bedingungen während der mehrtägigen Transporte der etwa 650 000 Italiener in die deutschen Kriegsgefangenenlager – meist ohne ausreichende Ernährung in Viehwaggons – werden in Kapitel 3 anhand von Fotos, Zitaten und Zeichnungen geschildert. Da Zeichnungen von Militärinternierten hier zum ersten Mal als besondere Quelle der Überlieferung in Erscheinung treten, wird eine didaktische Einordnung angeboten. Zugleich werden die Zeichnungen als Gegendarstellung zu den deutschen Propagandafotos der Transporte eingesetzt. Am Ende des Kapitels findet sich die erste thematische Videostation mit Aussagen der ehemaligen Militärinternierten zu ihrer Gefangennahme, den Transporten und der Ankunft in den Kriegsgefangenenlagern. Die Inhalte wurden nur an einer Wand des Flurs angebracht, die andere ist freigelassen worden. Dies ermöglicht eine einfache Orientierung des Besuchers und lässt den Blick auf die bauzeitlichen Wände der Baracke frei.

Zu Beginn von Kapitel 4 beleuchten zwei weitere Themenschwerpunkte die wesentlichen Unterschiede zwischen italienischen Kriegsgefangenen und anderen Kriegsgefangengruppen. Hitler befahl am 20. September 1943 die Überführung der bis dahin als Kriegsgefangene geltenden Italiener in den Status von Militärinternierten. Damit konnten sie ohne Verstoß gegen das Völkerrecht zur Arbeit in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden. Die Offiziere wurden bis Anfang 1945 von dieser Regelung ausgenommen. Der Statuswechsel wurde auch notwendig, da ebenfalls im September 1943 in Norditalien die faschistische Repubblica Sociale Italiana (RSI) unter Mussolinis Führung gegründet wurde. Sie blieb bis zum Kriegsende Bündnispartner des Deutschen



Kapitel 4. Foto:
Jürgen Sendel 2016

Reiches. Militärangehörige eines Verbündeten-Staates konnten jedoch keine Kriegsgefangenen sein. Daher ordnete Hitler den Statuswechsel an.

Im zweiten Themenschwerpunkt wird eine wesentliche Folge des besonderen Status der Italiener erklärt. Im Unterschied zu anderen Kriegsgefangenengruppen und zivilen Zwangsarbeitern wurden die Militärinternierten befragt, ob sie auf deutscher Seite als »Hilfswillige« in die Wehrmacht eintreten oder im neu aufgestellten Heer der RSI weiterkämpfen wollten. Bei einem »Nein« zur Kollaboration drohten Gefangenschaft und Zwangsarbeit. Die Entscheidungsgrundlagen waren vielfältig: In einigen Lagern sollten die Italiener mit Strafappellen und Hungerrationen zu einem »Ja« erpresst werden. Einzelne erhofften sich durch ihre Zustimmung eine baldige Rückkehr nach Italien, andere wollten aus Überzeugung in einer faschistischen Armee weiterkämpfen. Etwa 190 000 stimmten einer Kollaboration zu, 600 000 verweigerten die Zusammenarbeit und blieben in Gefangenschaft.

Kapitel 4 stellt anhand von Beispielen aus unterschiedlichen Regionen des Deutschen Reiches die Lebensbedingungen der italienischen Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern und Betrieben dar. Die meisten Soldaten und Unteroffiziere wurden registriert und zügig in die Arbeitskommandos überstellt. Der Wehrmacht war bis Sommer 1944 für die Verwaltung der Gefangenen, ihre Bewachung, Bestrafung und die Behandlung der Kranken zuständig. Schwerpunkt der Darstellung ist die Schilderung des Arbeitseinsatzes, der Bedingungen auf den Arbeitsstellen und in den Unterkünften. Die Betriebe nutzten die Militärinternierten als dringend benötigte Arbeitskräfte und weiteten ihren Einfluss auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen aus. Neben der Landwirtschaft wurden die Italiener vor allem im Bergbau, der Industrie und für Bauarbeiten eingesetzt. Die lebensgefährlichen Einsätze beim Trümmerräumen und beim Bergen von Leichen nahmen im Verlauf des Krieges zu. Aufgrund der brutalen Behandlung der Italiener in der Gefangenschaft blieb jedoch die erhoffte Steigerung der Produktion aus. Die Darstellung von Krankenversorgung und Todesursachen schließt das Kapitel

ab. Insgesamt starben etwa 50 000 italienische Militärinternierte bei Gefangennahme und in der Gefangenschaft. Die Erfahrungen der Militärinternierten und anderer Zeitzeugen werden in Video- und Audiostationen, durch Zitate und ab Kapitel 4 auch über Projektionen sowie beispielhafte Biografien einbezogen. Exemplarische Biografien von Tätern ergänzen die Darstellung.

Die erzwungene Untätigkeit der Offiziere in den Kriegsgefangenenlagern wird in Kapitel 5 beleuchtet. Sie wurden in Offizierslagern oder in abgetrennten Bereichen der Mannschaftsstammmlager untergebracht. Im Gegensatz zu den Soldaten mussten sie bis Anfang 1945 keine Zwangsarbeit verrichten. Einige leisteten Widerstand, indem sie beispielsweise heimlich Radios herstellten und »Feindsender« zum Kriegsverlauf hörten. Auch hier werden durch zwei beispielhafte Biografien im Wechsel mit Objekten und Fotos verschiedene Zugänge zum Thema geschaffen. In den Kapiteln 4, 5 und 6 wechselt die Ausstellungsarchitektur von der Darstellung der Inhalte auf senkrechten Möbeln in die Vertikale. Schmale unterfahrbare Pulte lassen den Blick auf das Lagergelände zu. Die Biografien der Militärinternierten werden durch die Ausstellungs Möbel deutlich hervorgehoben.

Kapitel 6 widmet sich einem erneuten Statuswechsel der Internierten. Um bessere Arbeitsergebnisse zu erzielen, wurden die Militärinternierten im Sommer 1944 in den Zivilstatus überführt. Ab jetzt waren zivile Institutionen für die Verwaltung, Ernährung und Unterbringung der italienischen Zwangsarbeiter zuständig. Die Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Vergehen übernahm anstelle der Wehrmacht nun die Gestapo. Die Lebensbedingungen der Ex-Internierten verbesserten sich kurzzeitig: Vor allem durch die größere Bewegungsfreiheit konnten sie sich auf dem Schwarzmarkt mit zusätzlichen Lebensmitteln versorgen. Gegen Kriegsende verschlechterte sich ihre Versorgungslage jedoch erneut. Die Arbeitsbedingungen und Unterbringung in Lagern änderten sich durch den Statuswechsel nicht. Gegen Kriegsende nahmen Massenerschießungen und Hinrichtungen von Zwangsarbeitern durch Wehrmacht und Gestapo deutlich zu, dies betraf auch die Ex-Internierten: So sind Massenerschießungen in Treuenbrietzen, Hildesheim und Kassel überliefert.

Ein weiterer Themenschwerpunkt beleuchtet in Kapitel 6 das Verhältnis zwischen den Militärinternierten und der von NS-Deutschland abhängigen RSI Mussolinis. Der RSI wurde offiziell der Schutzmachtstatus für die Internierten zugesprochen, den sie anstelle des Internationalen Roten Kreuzes einnehmen sollte. Das faschistische Italien war damit für die Unterstützung der italienischen Gefangenen zuständig, war aber organisatorisch nicht in der Lage, dieser Funktion zu entsprechen. Vor allem politische Absichten motivierten die RSI dazu, sich um die Militärinternierten zu bemühen. Maßnahmen wie Paketsendungen an die Gefangenen zielten vor allem darauf ab, die Unterstützung der italienischen Bevölkerung für die RSI zu gewinnen bzw. die Angehörigen ruhig zu stellen.

Kapitel 7 zeigt die Befreiung, das monatelange Warten auf die Heimkehr in Displaced-Persons-Lagern und die Rückreise. Die Alliierten transportierten zunächst bevorzugt Displaced Persons aus anderen Ländern in deren Heimat. Viele der Ex-Internierten machten sich daher eigenständig auf den Heimweg; die meisten warteten jedoch auf die offiziellen Transporte über den Brenner.

In Kapitel 8 wird die Situation der Ex-Internierten in den Jahrzehnten nach ihrer Rückkehr nach Italien dargestellt. Zunächst fand das Schicksal der Militärinternierten



Porträtwand am Ende
der Ausstellung.
Foto: Andreas Schölzel

kaum Beachtung: Die italienische Nachkriegsgesellschaft erkannte sie lange nicht als Opfergruppe an. Erst in den 1980er-Jahren wurde das »Nein« der Internierten zur Kollaboration mit der deutschen Wehrmacht oder Mussolini als »Widerstand ohne Waffen« anerkannt. Von deutscher Seite hat es für die übergroße Mehrheit der Militärinternierten bis heute keine Entschädigung gegeben. Interviewstationen mit Aussagen von ehemaligen Militärinternierten sowie von ehrenamtlich Engagierten und Historikern zur Bedeutung des Themas in der Gegenwart stehen am Ende der Präsentation.

Ohne die Hilfe der ehemaligen Militärinternierten und deren Angehörigen aus Italien wäre diese Ausstellung nicht möglich gewesen. Sie haben bereitwillig die Geschichten ihrer Väter und Großväter in Form von Berichten, Fotos, Dokumenten und Objekten zur Verfügung gestellt. Auch italienische Geschichtsinstitute, Vereine, Opferverbände und Studienzentren halfen mit Auskünften, Objekten und Interviews. Die meisten stellten sie kostenfrei oder gegen eine geringe Gebühr zur Verfügung. Auch auf deutscher Seite halfen Geschichtswerkstätten, Privatpersonen, Historiker sowie Gedenkstätten. So ist im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit aus vielen Puzzleteilen eine Gesamtschau entstanden, die das Schicksal der italienischen Militärinternierten bekannter machen soll.

Daniela Geppert ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Bereiche Ausstellungen und Bildungsarbeit im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit.

Zwischen allen Stühlen. Die Geschichte der italienischen Militärinternierten 1943–1945

Daniela Geppert

»Erinnerung statt Entschädigung«, so lautet die Überschrift des letzten Kapitels der neuen Dauerausstellung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Seit Jahren waren die deutsch-italienischen Beziehungen durch Klagen zur Entschädigung von ehemaligen italienischen Militärinternierten belastet. Diese Gruppe wurde 2001 von der Kompensation für ehemalige Zwangsarbeiter ausgeschlossen. Im März 2009 setzten die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik eine Deutsch-Italienische Historikerkommission ein. Sie sollte die deutsch-italienische Kriegsvorgangene aufarbeiten und Wege zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur aufzeigen. Im Dezember 2012 übergab die Kommission ihre Empfehlungen an die Außenminister Italiens und Deutschlands.¹ Diese sahen unter anderem eine Ausstellung zur Geschichte der italienischen Militärinternierten im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin vor.

Am 28. November 2016 eröffneten der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier und sein italienischer Amtskollege Paolo Gentiloni die Ausstellung »Zwischen allen Stühlen. Die Geschichte der italienischen Militärinternierten 1943–1945« im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit. Mit ihr wird zum ersten Mal in Deutschland das Schicksal der italienischen Militärinternierten in einer eigenen Dauerausstellung gewürdigt. Wer waren nun die italienischen Militärinternierten, um die es noch in den 2000er-Jahren so viel Unruhe zwischen Deutschland und Italien gab?

Im Zweiten Weltkrieg war Italien Bündnispartner des NS-Regimes, die Soldaten beider Länder kämpften in einigen Kriegsgebieten Seite an Seite. Doch am 8. September 1943 schloss Italien einen Waffenstillstand mit den Westalliierten. Die italienischen Soldaten und Offiziere wurden über Nacht von Freunden zu Feinden und die Wehrmacht nahm etwa 800 000 von ihnen gefangen. 650 000 wurden in das Deutsche Reich und die besetzten Gebiete transportiert, um Zwangsarbeit für die deutsche Kriegswirtschaft zu leisten. Innerhalb des NS-Regimes bestimmten konkurrierende Ansprüche wie Vergeltung für den »Verrat« des Kriegsaustritts Italiens einerseits und maximale Ausbeutung ihrer Arbeitskraft andererseits ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. Auch Mussolini erhob als Führer der im September 1943 gegründeten Repubblica Sociale Italiana (RSI) Ansprüche auf die Männer, um seine neue Armee aufzufüllen. Diese unterschiedlichen Interessen führten dazu, dass die italienischen Militärangehörigen »zwischen allen Stühlen« saßen. Dieser Zustand beschreibt auch heute die Situation der ehemaligen Militärinternierten. Im Gegensatz zu den zivilen Zwangsarbeitern wurden sie nicht entschädigt. Trotz ihrer Überführung in ein Zivilarbeiterverhältnis ab Sommer 1944 galten die etwa 90 000 Ex-Internierten aufgrund eines juristischen Gutachtens von 2001 als Kriegsgefangene. Kriegsgefangene waren (bis auf Polen) von den zwischen 2000 und 2007 geleisteten individuellen Entschädigungszahlungen der Bundesrepublik Deutschland ausgeschlossen worden. Für die Betroffenen war diese Entscheidung besonders bitter. Litten sie noch jahrzehntelang im eigenen Land unter



Eingang mit zentralem Bildmotiv der Ausstellung. Foto: Jürgen Sendel 2016

der Missachtung ihres Schicksals, so wurde diese Missachtung aus Deutschland nun auch auf staatlicher Ebene besiegelt. Es folgten eine Reihe von gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen deutscher und italienischer Seite, bis der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 3. Februar 2012 Deutschlands Immunität gegenüber Einzelklagen zur Entschädigung bestätigte. Die »verweigerte« Entschädigung und die folgenden Auseinandersetzungen belasteten das deutsch-italienische Verhältnis weiterhin. Vor diesem Hintergrund richtete die Bundesregierung 2014 den deutsch-italienischen Zukunftsfonds ein, aus dem Erinnerungsprojekte mit Bezug auf die Ereignisse zwischen 1943 und 1945 in Deutschland und Italien gefördert werden sollten.

Die Vorbereitungen zu der Ausstellung »Zwischen allen Stühlen« begannen 2013/2014 mit der Konzeption der Ausstellungsinhalte und der Antragstellung beim deutsch-italienischen Zukunftsfonds. Nach Bewilligung des Projektes wurde 2014 mit den konkreten Arbeiten begonnen. Zum Ausstellungsteam gehörten die Kuratoren Dr. Kay Kufeke, Andreas Froese-Karow (bis August 2015) und die Kuratorin Iris Hax (ab September 2015), die unter der Leitung der Autorin das Projekt realisierten.

Die Ausstellung schildert auf einer Fläche von etwa 250 m² mit Fotos, Zeichnungen, Objekten, Dokumenten, Projektionen und Videostationen das Schicksal dieser in Deutschland weitgehend unbekanntem Opfergruppe des Nationalsozialismus. Sie wird in einer historischen Baracke des ehemaligen Lagers 75/76 des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt (GBI) in Berlin-Schöneweide gezeigt. Auch in diesem Lager, wie in vielen anderen, waren italienische Militärinternierte untergebracht.

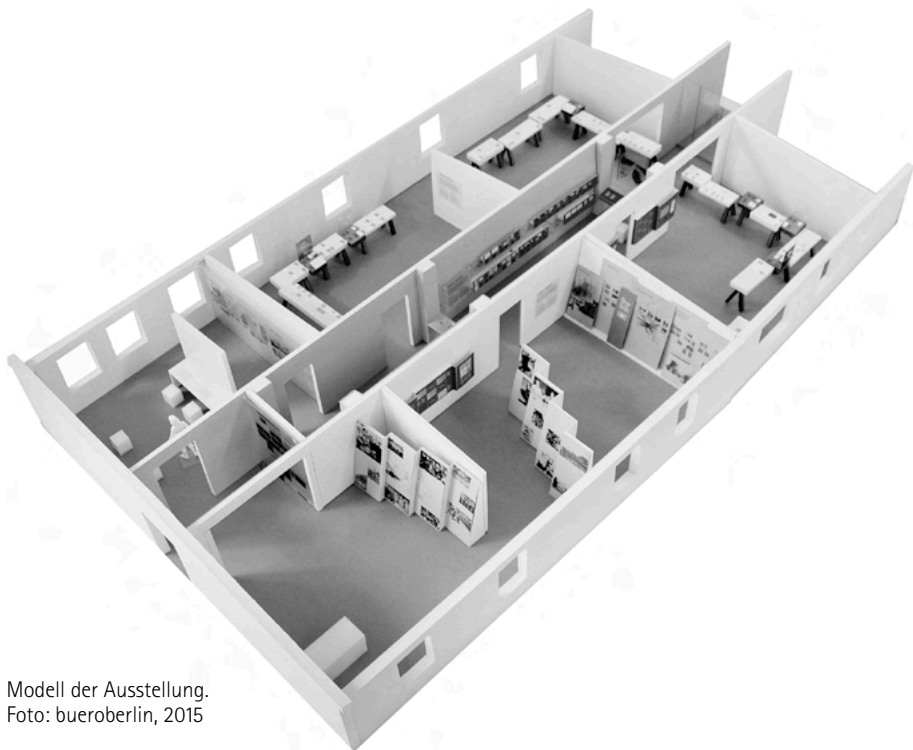
Für die Ausstellungsarchitektur erhielt nach einem Realisierungswettbewerb das Team von buerobertin mit Evelina Johansson, Julia Neubauer und Ruth Schroers den Zuschlag. Die Ausstellungsarchitektur geht sensibel mit der historischen Bausubstanz um und folgt den räumlichen Vorgaben. Die Struktur der Unterkunftsbaracke ist weitestgehend erhalten und der Charakter der Räume mit den Spuren der verschiedenen Nutzungen (NS-Zeit, Impfstoffinstitut in der DDR) bleibt sichtbar, denn die Baracke ist

selbst Exponat. An keiner Stelle werden Exponate oder Informationen direkt auf den Barackenwänden angebracht, sondern immer mit einem Abstand zum historischen Gebäude präsentiert. Auch der Blick nach außen bleibt erhalten: Durch die Fenster können die Besucher das Lagergelände, aber auch die nahen Wohnhäuser bewusst wahrnehmen. Augenfällig ist so die Situierung des Lagers und seiner »Bewohner« inmitten der deutschen Zivilbevölkerung.

Die Ausstellungsarchitektur schafft für die chronologisch-thematische Abfolge der Inhalte eine klare Struktur und damit verbundene Besucherführung. So werden die ehemaligen »Stuben« (Schlafräume) für das Auftaktkapitel, die Gefangennahme, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Militärinternierten und später in den Zivilstatus versetzten Italiener sowie für das letzte Kapitel zur Erinnerung und Entschädigung der Gruppe genutzt. Im zentralen Mittelgang der Baracke sind dagegen Themen des »Übergangs« angesiedelt: Der Transport in die Lager und nach Kriegsende der Transport zurück in die Heimat. Die Ausstellung ist barrierefrei. Pultvitrinen sind unterfahrbar, Hands-on Bereiche und Hör- sowie Videostationen sind auch für Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer nutzbar.

Das Farbkonzept der Ausstellung orientiert sich am Gesamtauftritt des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit und greift mit Blau- und Grüntönen die Hausfarben auf, Weiß fungiert als neutrale Grundfarbe. So entsteht eine dem Thema angemessene, zurückhaltende Farbgestaltung. Die dreisprachigen Texte auf Deutsch, Italienisch und Englisch sind knapp gefasst und farblich auf die jeweiligen Trägerflächen abgestimmt. Dabei wurde Wert auf gut lesbare Kontraste gelegt.

Die Ausstellung ist in acht Kapitel und vier gesonderte Themenschwerpunkte gegliedert. Letztere sind farblich und architektonisch abgesetzt und bieten Zusatzinformatio-



Modell der Ausstellung.
Foto: buerobertin, 2015



Kapitel 2. Foto:
Jürgen Sendel 2016

nen außerhalb der chronologischen Struktur an, ohne die ein Verständnis der besonderen Umstände der Gefangenschaft der italienischen Militärinternierten nicht möglich ist. Der Besucher findet hier auch hands-on Bereiche vor, die ihm das »Begreifen« dieser komplexen Sachverhalte erleichtern sollen. Außerdem bieten farblich neutral gehaltene Grafiken statistische Hintergrundinformationen an – wie zum Beispiel über die Zahl der Militärinternierten im Verhältnis zu Kriegsgefangenen anderer Nationen oder Hinweise auf die Branchen und Einsatzbereiche der italienischen Militärinternierten.

In Kapitel 1 wird in einer Bild-Text-Projektion schlaglichtartig die Beziehung zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland geschildert: Von den politischen und militärischen Abkommen beider Länder über den gemeinsamen Krieg ab 1940 bis hin zur Absetzung Mussolinis und dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten zeugen Fotos, Landkarten und Schlagzeilen. Die Ausstellungsarchitektur platziert die Inhalte auf leicht angeschrägten massiven Bahnen entlang der Stubenwand. Der Raum ist abgedunkelt, die Wahrnehmung des Lagers ist an dieser Stelle ausgeblendet; für die Vorgeschichte spielt es keine Rolle.

Das zweite Kapitel zeigt die Gefangennahme der italienischen Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere durch die Wehrmacht. Eine Karte Südeuropas ermöglicht die geografische Verortung des Geschehens in Griechenland, Italien, Frankreich und auf dem Balkan. Die Verbrechen der deutschen Wehrmacht bei der Gefangennahme italienischer Militärangehöriger werden an einigen Beispielen vorgestellt. Dazu zählen die Erschießung von Polizisten in Barletta als Vergeltungsmaßnahme für den Tod zweier Wehrmachtssoldaten oder das Massaker an italienischen Kriegsgefangenen auf der griechischen Insel Kefalonia. Die Gestaltung zitiert die Schrägen aus Kapitel 1, stellt sie aber nun als flache Paneele vor der Wand auf.

Gegenüber von Kapitel 2 ist der erste Themenschwerpunkt angebracht. Er widmet sich dem vom NS-Regime als »Verrat« gewerteten Kriegsausritt Italiens. Die deutsche Propaganda befeuerte alte Vorurteile von den »heimtückischen« und »verräterischen«



Themenschwerpunkt 4
zu Kollaboration und
Verweigerung.
Foto: Andreas Schölzel

Italienern. Viele Deutsche, seien es Wachmänner in den Lagern, deutsche Vorarbeiter oder Passanten griffen diese auf und schlugen, bespuckten oder beschimpften die italienischen Militärinternierten als »Verräter«. Auch bei den Spitzen von Partei und Wehrmacht beherrschte lange Zeit der Gedanke der Rache für den Kriegsaustritt die Entscheidungen über die Militärinternierten. Diese feindselige Haltung bestimmte maßgeblich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gruppe.

Die katastrophalen Bedingungen während der mehrtägigen Transporte der etwa 650 000 Italiener in die deutschen Kriegsgefangenenlager – meist ohne ausreichende Ernährung in Viehwaggons – werden in Kapitel 3 anhand von Fotos, Zitaten und Zeichnungen geschildert. Da Zeichnungen von Militärinternierten hier zum ersten Mal als besondere Quelle der Überlieferung in Erscheinung treten, wird eine didaktische Einordnung angeboten. Zugleich werden die Zeichnungen als Gegendarstellung zu den deutschen Propagandafotos der Transporte eingesetzt. Am Ende des Kapitels findet sich die erste thematische Videostation mit Aussagen der ehemaligen Militärinternierten zu ihrer Gefangennahme, den Transporten und der Ankunft in den Kriegsgefangenenlagern. Die Inhalte wurden nur an einer Wand des Flurs angebracht, die andere ist freigelassen worden. Dies ermöglicht eine einfache Orientierung des Besuchers und lässt den Blick auf die bauzeitlichen Wände der Baracke frei.

Zu Beginn von Kapitel 4 beleuchten zwei weitere Themenschwerpunkte die wesentlichen Unterschiede zwischen italienischen Kriegsgefangenen und anderen Kriegsgefangengruppen. Hitler befahl am 20. September 1943 die Überführung der bis dahin als Kriegsgefangene geltenden Italiener in den Status von Militärinternierten. Damit konnten sie ohne Verstoß gegen das Völkerrecht zur Arbeit in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden. Die Offiziere wurden bis Anfang 1945 von dieser Regelung ausgenommen. Der Statuswechsel wurde auch notwendig, da ebenfalls im September 1943 in Norditalien die faschistische Repubblica Sociale Italiana (RSI) unter Mussolinis Führung gegründet wurde. Sie blieb bis zum Kriegsende Bündnispartner des Deutschen



Kapitel 4. Foto:
Jürgen Sendel 2016

Reiches. Militärangehörige eines Verbündeten-Staates konnten jedoch keine Kriegsgefangenen sein. Daher ordnete Hitler den Statuswechsel an.

Im zweiten Themenschwerpunkt wird eine wesentliche Folge des besonderen Status der Italiener erklärt. Im Unterschied zu anderen Kriegsgefangenengruppen und zivilen Zwangsarbeitern wurden die Militärinternierten befragt, ob sie auf deutscher Seite als »Hilfswillige« in die Wehrmacht eintreten oder im neu aufgestellten Heer der RSI weiterkämpfen wollten. Bei einem »Nein« zur Kollaboration drohten Gefangenschaft und Zwangsarbeit. Die Entscheidungsgrundlagen waren vielfältig: In einigen Lagern sollten die Italiener mit Strafappellen und Hungerrationen zu einem »Ja« erpresst werden. Einzelne erhofften sich durch ihre Zustimmung eine baldige Rückkehr nach Italien, andere wollten aus Überzeugung in einer faschistischen Armee weiterkämpfen. Etwa 190 000 stimmten einer Kollaboration zu, 600 000 verweigerten die Zusammenarbeit und blieben in Gefangenschaft.

Kapitel 4 stellt anhand von Beispielen aus unterschiedlichen Regionen des Deutschen Reiches die Lebensbedingungen der italienischen Soldaten in den Kriegsgefangenenlagern und Betrieben dar. Die meisten Soldaten und Unteroffiziere wurden registriert und zügig in die Arbeitskommandos überstellt. Der Wehrmacht war bis Sommer 1944 für die Verwaltung der Gefangenen, ihre Bewachung, Bestrafung und die Behandlung der Kranken zuständig. Schwerpunkt der Darstellung ist die Schilderung des Arbeitseinsatzes, der Bedingungen auf den Arbeitsstellen und in den Unterkünften. Die Betriebe nutzten die Militärinternierten als dringend benötigte Arbeitskräfte und weiteten ihren Einfluss auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen aus. Neben der Landwirtschaft wurden die Italiener vor allem im Bergbau, der Industrie und für Bauarbeiten eingesetzt. Die lebensgefährlichen Einsätze beim Trümmerräumen und beim Bergen von Leichen nahmen im Verlauf des Krieges zu. Aufgrund der brutalen Behandlung der Italiener in der Gefangenschaft blieb jedoch die erhoffte Steigerung der Produktion aus. Die Darstellung von Krankenversorgung und Todesursachen schließt das Kapitel

ab. Insgesamt starben etwa 50 000 italienische Militärinternierte bei Gefangennahme und in der Gefangenschaft. Die Erfahrungen der Militärinternierten und anderer Zeitzeugen werden in Video- und Audiostationen, durch Zitate und ab Kapitel 4 auch über Projektionen sowie beispielhafte Biografien einbezogen. Exemplarische Biografien von Tätern ergänzen die Darstellung.

Die erzwungene Untätigkeit der Offiziere in den Kriegsgefangenenlagern wird in Kapitel 5 beleuchtet. Sie wurden in Offizierslagern oder in abgetrennten Bereichen der Mannschaftsstammmlager untergebracht. Im Gegensatz zu den Soldaten mussten sie bis Anfang 1945 keine Zwangsarbeit verrichten. Einige leisteten Widerstand, indem sie beispielsweise heimlich Radios herstellten und »Feindsender« zum Kriegsverlauf hörten. Auch hier werden durch zwei beispielhafte Biografien im Wechsel mit Objekten und Fotos verschiedene Zugänge zum Thema geschaffen. In den Kapiteln 4, 5 und 6 wechselt die Ausstellungsarchitektur von der Darstellung der Inhalte auf senkrechten Möbeln in die Vertikale. Schmale unterfahrbare Pulte lassen den Blick auf das Lagergelände zu. Die Biografien der Militärinternierten werden durch die Ausstellungsmöbel deutlich hervorgehoben.

Kapitel 6 widmet sich einem erneuten Statuswechsel der Internierten. Um bessere Arbeitsergebnisse zu erzielen, wurden die Militärinternierten im Sommer 1944 in den Zivilstatus überführt. Ab jetzt waren zivile Institutionen für die Verwaltung, Ernährung und Unterbringung der italienischen Zwangsarbeiter zuständig. Die Verfolgung tatsächlicher oder vermeintlicher Vergehen übernahm anstelle der Wehrmacht nun die Gestapo. Die Lebensbedingungen der Ex-Internierten verbesserten sich kurzzeitig: Vor allem durch die größere Bewegungsfreiheit konnten sie sich auf dem Schwarzmarkt mit zusätzlichen Lebensmitteln versorgen. Gegen Kriegsende verschlechterte sich ihre Versorgungslage jedoch erneut. Die Arbeitsbedingungen und Unterbringung in Lagern änderten sich durch den Statuswechsel nicht. Gegen Kriegsende nahmen Massenerschießungen und Hinrichtungen von Zwangsarbeitern durch Wehrmacht und Gestapo deutlich zu, dies betraf auch die Ex-Internierten: So sind Massenerschießungen in Treuenbrietzen, Hildesheim und Kassel überliefert.

Ein weiterer Themenschwerpunkt beleuchtet in Kapitel 6 das Verhältnis zwischen den Militärinternierten und der von NS-Deutschland abhängigen RSI Mussolinis. Der RSI wurde offiziell der Schutzmachtstatus für die Internierten zugesprochen, den sie anstelle des Internationalen Roten Kreuzes einnehmen sollte. Das faschistische Italien war damit für die Unterstützung der italienischen Gefangenen zuständig, war aber organisatorisch nicht in der Lage, dieser Funktion zu entsprechen. Vor allem politische Absichten motivierten die RSI dazu, sich um die Militärinternierten zu bemühen. Maßnahmen wie Paketsendungen an die Gefangenen zielten vor allem darauf ab, die Unterstützung der italienischen Bevölkerung für die RSI zu gewinnen bzw. die Angehörigen ruhig zu stellen.

Kapitel 7 zeigt die Befreiung, das monatelange Warten auf die Heimkehr in Displaced-Persons-Lagern und die Rückreise. Die Alliierten transportierten zunächst bevorzugt Displaced Persons aus anderen Ländern in deren Heimat. Viele der Ex-Internierten machten sich daher eigenständig auf den Heimweg; die meisten warteten jedoch auf die offiziellen Transporte über den Brenner.

In Kapitel 8 wird die Situation der Ex-Internierten in den Jahrzehnten nach ihrer Rückkehr nach Italien dargestellt. Zunächst fand das Schicksal der Militärinternierten



Porträtwand am Ende
der Ausstellung.
Foto: Andreas Schölzel

kaum Beachtung: Die italienische Nachkriegsgesellschaft erkannte sie lange nicht als Opfergruppe an. Erst in den 1980er-Jahren wurde das »Nein« der Internierten zur Kollaboration mit der deutschen Wehrmacht oder Mussolini als »Widerstand ohne Waffen« anerkannt. Von deutscher Seite hat es für die übergroße Mehrheit der Militärinternierten bis heute keine Entschädigung gegeben. Interviewstationen mit Aussagen von ehemaligen Militärinternierten sowie von ehrenamtlich Engagierten und Historikern zur Bedeutung des Themas in der Gegenwart stehen am Ende der Präsentation.

Ohne die Hilfe der ehemaligen Militärinternierten und deren Angehörigen aus Italien wäre diese Ausstellung nicht möglich gewesen. Sie haben bereitwillig die Geschichten ihrer Väter und Großväter in Form von Berichten, Fotos, Dokumenten und Objekten zur Verfügung gestellt. Auch italienische Geschichtsinstitute, Vereine, Opferverbände und Studienzentren halfen mit Auskünften, Objekten und Interviews. Die meisten stellten sie kostenfrei oder gegen eine geringe Gebühr zur Verfügung. Auch auf deutscher Seite halfen Geschichtswerkstätten, Privatpersonen, Historiker sowie Gedenkstätten. So ist im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit aus vielen Puzzleteilen eine Gesamtschau entstanden, die das Schicksal der italienischen Militärinternierten bekannter machen soll.

Daniela Geppert ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Bereiche Ausstellungen und Bildungsarbeit im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit.

1 Der Abschlussbericht ist unter folgender Internetadresse abrufbar: www.villavigoni.it